

General Pervaiz Musharraf im Porträt

Pakistans neuer Machthaber

von Jorge Scholz

Vorab sei gesagt: Viel ist es nicht, was die Archive über den Mann, der sich am 12. Oktober mit dem handstreichartigen Sturz der Sharif-Regierung sprichwörtlich über Nacht an die Schalthebel der Macht putschte, preisgeben. Vor allem über das Privatleben und den familiären Hintergrund des Vier-Sterne-Generals Pervaiz Musharraf liegen kaum Informationen vor. Lediglich die militärische Laufbahn des 58jährigen Berufsoffiziers ist hinreichend in Form einer von der pakistanischen Armee veröffentlichten "offiziellen Kurzbiographie" dokumentiert.

Demnach startete Musharraf seine steile Militärkarriere als Absolvent des prestigeträchtigen 'Command and Staff College' in Quetta, der Provinzhauptstadt Balochistans, das unter Kennern als Kaderschmiede des Führungsnachwuchses der pakistanischen Armee gilt. 1964 wurde er nach seiner Beförderung zum Offizier zu einem Artillerieregiment abkommandiert, mit dem er an der Front den Krieg von 1965 gegen Indien miterlebte. Danach diente Musharraf mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen in verschiedenen Artillerieregimentern, bevor er für insgesamt sieben Jahre als Bataillonskommandeur zu den Einheiten der sogenannten 'Special Services Group' (SSG) wechselte. Dabei handelt es sich um eine rund 2.100 Mann starke Elitetruppe des Heeres, die als hochtrainierte Einzelkämpfer beispielsweise bei verdeckten Operationen im afghanischen Bürgerkrieg, bei der Terrorismusbekämpfung, beim Objektschutz der pakistanischen Nuklearanlagen und an der Front im kashmirischen Hochgebirge zum Einsatz kommen. Auch während der Kargil-Krise im Sommer dieses Jahres sollen SSG-Einheiten nach Ansicht von Beobachtern eine wichtige Rolle gespielt haben. Das SSG-Abzeichen, eine auf der rechten Brustseite aufgenähte silberne Doppelschwinge, war übrigens auf der Kampfuniform zu sehen, die General Musharraf in der Nacht zum 13. Oktober während seiner ersten Fernsehansprache nach dem Putsch trug. Ein deutliches Indiz dafür, wie sehr sich der frischgebackene Usurpator auch heute noch diesen Spezialeinheiten verbunden fühlt.

Im Anschluß an seine SSG-Zeit übernahm Musharraf, inzwischen mit zahlreichen militärischen Orden und Auszeichnungen hoch dekoriert, zunächst den Oberbefehl über eine Infanteriedivision, bevor ihm als vorläufiger Höhepunkt seiner Karriere das Kommando über die Kampftruppen des Heeres übertragen wurde.

Die politische Bühne betrat Musharraf erstmals vor genau einem Jahr, als er im Oktober 1998 nach dem Rücktritt von General Jahangir Karamat vom Posten des

Armeechefs zu dessen Nachfolger berufen wurde. Die Personalentscheidung des Premierministers sorgte damals kaum für Aufsehen, denn mit dem Ausscheiden Karamats rückte der im Laufe der Jahre zum Vier-Sterne-General aufgestiegene Musharraf in der auf dem Senioritätsprinzip basierenden Rangliste der pakistanischen Generalität zum ranghöchsten Offizier auf. Und es gilt als ungeschriebenes Gesetz der pakistanischen Innenpolitik, daß sich eine Zivilregierung bei der Ernennung eines 'Chief of the Army Staff' (COAS) tunlichst an dieser armeeinternen Hierarchie zu orientieren hat, wenn sie nicht die Loyalität der Militärs unnötig aufs Spiel setzen will. Dies wiederum ist aber eine notwendige Voraussetzung für das Überleben jeder Regierung in Pakistan, wie ein Blick auf die turbulente Geschichte des Landes lehrt.

Mit Spannung verfolgten deshalb Beobachter im In- und Ausland, wie der "Neue" im Amt des Generalstabschefs agieren würde. Immerhin hatte es in den Monaten zuvor erbitterte Auseinandersetzungen zwischen seinem Vorgänger Karamat und Nawaz Sharif gegeben. Im Kern ging es bei diesem Streit um die mit wachsender Vehemenz erhobene Forderung der Armeeführung nach Gründung eines 'Nationalen Sicherheitsrates', in dem neben dem Präsidenten, dem Regierungschef und einigen wichtigen Ministern auch die Oberbefehlshaber der drei Teilstreitkräfte sowie natürlich auch der Generalstabschef selbst sitzen sollten. Auf diese Weise sollte nach den Vorstellungen von General Karamat die Beteiligung der Armee an allen Entscheidungen von zentraler Bedeutung institutionalisiert werden. Begründet wurde dieser Vorstoß mit dem Hinweis auf die sich gefährlich zuspitzende wirtschaftliche Misere des Landes und die außer Kontrolle zu geraten drohende Sicherheitslage insbesondere in Karachi und im Punjab.

Als frischgebackener Militärführer konzentrierte sich Musharraf zunächst darauf, seine neue Machtposition armeeintern abzusichern. Hierbei sorgte er mit seiner zielstrebigem, entschlußfreudigen Personalpolitik für Aufsehen: Innerhalb kürzester Frist gelang es dem General, fast alle Schlüsselpositionen in der Armee gegen alle Widerstände aus dem Lager der Regierung mit Männern seines Vertrauens zu besetzen. Nur der Chefposten des militärischen Geheimdienstes 'Inter-Services Intelligence' (ISI) ging mit Generalleutnant Ziauddin an einen Sharif-Günstling.

Seinem Ruf als Mann der Tat mit einem gewissen Hang zum Draufgängertum gerecht werdend, brach Musharraf als eigentlicher Drahtzieher im Hintergrund

mit einer von der Armee initiierten Rebellenoffensive im Sommer diesen Jahres in Kashmir die Kargil-Krise vom Zaun, die beinahe zu einem offenen Krieg zwischen Pakistan und Indien geführt hätte. Dies ist zumindest eine Sichtweise, die im Rückblick auf die jüngsten Spannungen zwischen den beiden Nuklearmächten in kritischen Kommentaren der pakistanischen Presse zu lesen war. Übrigens teilten die indische und die pakistanische Regierung in seltener Einmütigkeit diese Analyse der Konfliktgenese. Denn ganz offensichtlich war die Sharif-Administration noch nicht einmal darüber informiert worden, als die Armee für den Vorstoß in Kashmir grünes Licht gab.

Spätestens als dann Nawaz Sharif auf dem Höhepunkt der Kargil-Krise nach seinem spektakulären Canossa-Gang nach Washington ganz im Sinne der amerikanischen Regierung den sofortigen Rückzug sämtlicher Rebellen aus dem indischen Teil Kashmirs anordnete und damit in den Reihen der Militärführung auf öffentlich geäußerten Protest stieß, war die tiefe Kluft zwischen Zivilregierung und Armeespitze in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr zu verbergen. In Beobachterkreisen kursierten seitdem Spekulationen über eine baldige Ablösung

Musharrafs als Generalstabschef. Vor diesem Hintergrund war die am 29. September bekanntgegebene Entscheidung des Premierministers, die Amtszeit Musharrafs bis zum 6. Oktober 2001 um zwei weitere Jahre zu verlängern, eine große Überraschung. Auf diese Weise wolle man nachhaltig sämtliche Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Armee aus der Welt schaffen, hieß es da noch beschwichtigend in einer Presseerklärung aus dem Hause des Premierministers. Daß diese Erklärung nicht ihr Papier wert war, zeigte sich nur zwei Wochen später: Sharif nutzte eine Sri-Lanka-Reise seines Militäρχefs als scheinbar günstige Gelegenheit, um Musharraf doch noch zu entmachten. Mit dem kurzentschlossenen Konter seines sofort nach Pakistan zurückeilenden Opfers hatte der Politiker offenbar nicht gerechnet. Nur wenige Stunden nach der vermeintlichen Entlassung des unbequemen Generals war die Ära Nawaz Sharif Geschichte. Ob mit ihr gleichzeitig auch die Demokratie als Staatsform nach elfjährigem Intermezzo den Gang in die Geschichtsbücher antreten muß, wird sich bald zeigen. Die Entscheidung über diese Frage liegt jetzt ganz allein in den Händen von General Pervaiz Musharraf.

Bekämpfung der Kinderarbeit in Pakistan Erfolge und Rückschläge

von Ulrike Vestring

Kinderarbeit ist ein komplexes und globales Problem, das das Gewissen der ganzen Menschheit belastet. Es wird uns wahrscheinlich noch weit ins dritte Jahrtausend hinein verfolgen. Nach Schätzungen der UNICEF gibt es heute etwa 250 Millionen Kinderarbeiter im Alter zwischen fünf und vierzehn Jahren, und fast die Hälfte von ihnen lebt in Südasien. In Pakistan beträgt die Zahl der Kinderarbeiter nach amtlichen Angaben 3,6 Millionen, mehr möchte die Regierung nicht einräumen. Bedenkt man, daß wenigstens 30 Prozent der Menschen in Pakistan, also über 40 Millionen, unterhalb der Armutsgrenze leben, wobei die Hälfte von ihnen unter 16 Jahren alt sind, so muß die Zahl der arbeitenden Kinder um ein Vielfaches höher liegen. UNICEF spricht denn auch von zehn Millionen, die Pakistanische Menschenrechtskommission von 20 Millionen.

Zwar ist Armut die wichtigste Ursache für Kinderarbeit; reicht aber nicht aus, um zu erklären, daß Kinder arbeiten, anstatt zur Schule zu gehen. Für den einzelnen Armen mag es Umstände geben, die ihn zwingen, sein Kind zur Arbeit statt in die Schule zu schicken; Regierung und Gesellschaft können sich durch Berufung auf Armut nicht von der Schande der Kinderarbeit freisprechen.

Das Problem der Kinderarbeit wird in den Ländern des Südens und in westlichen Industriegesellschaften unterschiedlich wahrgenommen. Das zeigte beispielhaft der weltweite Marsch gegen Kinderarbeit, bei dem im Juni letzten Jahres Hunderte von Nichtregierungsorganisationen gemeinsam mit ehemaligen Kinderarbeitern aus aller Welt nach

Genf, zum Sitz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zogen, um ihrer Forderung nach einem Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit Nachdruck zu verleihen. In unseren Industriegesellschaften führten Berichte über die verbreitete Kinderarbeit, ein hierzulande auch noch nicht allzu lange überwundenes soziales Übel, zu einem milden Unbehagen. Eine große Zahl von Untersuchungen, Initiativen und Maßnahmen sollen gewiß nicht nur, aber auch dazu dienen, verletzte Gefühle und schlechtes Gewissen zu beschwichtigen. In den von Kinderarbeit geplagten Ländern geben die Eliten gerade erst zu, daß sie ein Problem haben. Daß sie und ihre Regierungen aber ernsthaft bereit wären, die Kinderarbeit wirksam zu bekämpfen,

ist bisher nicht zu erkennen. Zwar gibt es Gesetze genug, die Kinderarbeit verbieten. Ihre Durchsetzung stößt sich an den Interessen der Besitzenden.

Das neue ILO-Abkommen gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat schon in den zwanziger Jahren Abkommen initiiert, die Mindestalter vorschreiben und gefährliche Arbeiten für Kinder verbieten. In vielen armen Ländern wurde dies bisher nicht umgesetzt. Deshalb hat die ILO am 17. Juni 1999 ein neues Abkommen verabschiedet, das zur Abschaffung wenigstens der schlimmsten Formen der Kinderarbeit führen soll ('Worst Forms of Child La-